

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärtig 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 258

Februar 179.

Wildbad, Freitag, den 5. November 1920.

Februar 179.

54. Jahrgang

Aus dem Reichshaushalt.

III.

Unsere wichtigste und mächtigste Behörde ist das Reichsfinanzministerium, dessen ordentlicher und außerordentlicher Haushalt einen Reichsumsatz von 1,8 Milliarden erfordert. Eine Fülle neuer Aemter, ein Haer von Beamten müssen hier in Eile herbei. Die erstmalige Einrichtung der Landesfinanzämter und Finanzämter erfordert im zweiten Teilbetrag 55 Millionen, die hantlichen Kosten betragen 200 Millionen, die Entschädigungen an die Länder für übernommene Gebäude 200 Millionen, die Beschaffung von Beamtenwohnungen 60 Millionen. Der Beamtenapparat im gesamten Geschäftsbereich des Reichsfinanzministeriums, der im Haushalt vorgezogen ist, übersteigt schätzungsweise 50 000 Köpfe. Unter den Ausgabequellen im einzelnen ist besonders interessant: 10 Millionen für „Belämpfung von Zuwiderhandlungen gegen die Abgabengesetze und das Gesetz über die Kapitalflucht, sowie Belohnungen für Beamte des Aufwachtdienstes für außerordentliche Leistungen bei dieser Belämpfung“.

Als neues Ministerium tritt dasjenige für Wiederaufbau, gebildet aus dem Beamtenkörper des Kolonialamts, im Reichshaushalt auf. Es wird nur eine beschränkte Zahl von Jahren bestehen. Ihm sind u. a. unterstellt, die Reichsmischungs-Kommission, der Reichskommissar für Auslandsschäden (7 Millionen Ausgaben), der Reichsausschuß für Wiederaufbau der Handelsflotte (5,9 Millionen), die Reichs-Rüchlieferungskommission (mit 17,4 Mill. Ausgaben, davon 10,7 Millionen für nichtbeamtete Hilfskräfte), der Reichskommissar zur Ausführung von Ausbaurbeiten in den zerstörten Gebieten (3,3 Millionen), das Reichsausgleichsamt (36,9 Millionen Ausgaben, davon 25 Millionen für nichtbeamtete Hilfskräfte), der Trennhänder für das feindliche Vermögen (5,8 Millionen). Die erstmalige Einrichtung dieses Amtes erfordert 12 Millionen. An Uebersteuerungsschulden zu Handelsflotten-Neubauten werden 770 Millionen gefordert. Die Abwicklung der Kolonien erfordert 19,9 Millionen. Der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung sieht an Einnahmen aus fortbauenden Steuern 23,3 Milliarden, an einmaligen Steuern 4,5 Milliarden, an Zöllen und Verbrauchssteuern 9,1 Milliarden Einnahmen vor. Die fortbauenden Ausgaben des ordentlichen Haushalts enthalten u. a. 291 Millionen für Entschädigung fremder Behörden für die Mitwirkung bei der Verwaltung der Reichsabgaben, 9,4 Milliarden Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden. Die Erhaltung der Reichsbank für die durch Aufhebung der Gebührensicherheit erwachsenen Portolasten für die Gelbgeschäfte des Reichs erfordert 40,5 Millionen. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene bedarf zur Fortsetzung ihrer Kärzorgelstätigkeit 49,2 Millionen. Die Internierung der über die Grenze getretenen russischen und polnischen Truppen in 18 Lagern erfordert 140 Millionen, deren Rückerstattung von Rußland und Polen gefordert werden soll.

Ein eigener Haushalt ist der Ausführung des Friedensvertrags gewidmet. Hier tritt uns in nichternen Zahlen erschütternd unser Schicksal vor Augen. Diese Ziffern bedürfen noch weniger eines Kommentars als alle anderen dieses Reichsetats! Die Gehälter der ecksa-lothringischen Landesbeamten betragen 36,3 Millionen, der Abtransport der Mobilien der verdrängten Elsaß-Lothringer kostet 25 Millionen, die sonstige Fürsorge für diese 100 Millionen, die Durchführung der Entwaifnung 200 Millionen, das Personal für die Minenräumung nebst sachlichen Kosten erfordert 208,9 Millionen, die vom Reich zu tragenden Kosten für den Ausschluß der feindlichen Mächte betragen 20 Millionen, die Unterhaltung der Besatzungstruppen in den Rheinländern 15,7 Milliarden! Für Grundstücksverwertungen, Neubauten und Umbauten zur Unterbringung der Besatzungstruppen in den Rheinländern werden 446 Millionen gefordert, für Offiziers- und Beamtenwohnungen allein 378 Millionen, für Instandhalten der von den Besatzungstruppen im Rheinland benutzten Baulichkeiten sind 17 Millionen, für Einrichtungsgegenstände 24,2 Millionen, für Heizung, Beleuchtung, Reinigung der Bauten 18 Millionen angesetzt. Zur Gewährung von Vorschüssen und Unterstützungen für Schäden in den Schaubetrieben sind 255 Millionen,

für Ausgaben in Ausführung des Friedensvertrags 25 Millionen angesetzt. Der Haushalt erfordert insgesamt 41,4 Milliarden.

Das ist das Bild des heutigen und werdenden Deutschlands, wie es aus den Zahlen des Reichshaushalts für 1920 spricht. Auch der ungeschulte Betrachter dieses Bildes muß ohne weiteres erkennen, welche Ausschüsse, Lehren, Mahnungen und Warnungen es liefert!

Neues vom Sage.

Reichseisenbahn-Beirat.

Berlin, 4. Nov. Heute tritt unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers ein Sachverständigenbeirat zusammen. Ihm gehören je 12 Mitglieder des Reichstags und des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, sowie 14 vom Verkehrsminister berufene Sachverständige des Wirtschaftslebens an. Das Ministerium wird einen Bericht über die allgemeine wirtschaftliche Lage der Reichseisenbahn erlaten und dann wird die Frage erörtert werden, ob eine Erigerung der Einnahmen durch Tarifierhöhungen oder durch andere Maßnahmen zu erstreben ist. Des weiteren soll die Frage einer Preisfestsetzung der für die Eisenbahnen wichtigen Rohstoffe und der wirtschaftlichen Gestaltung des Verkehrswezens besprochen werden.

15 724 Millionen Besatzungskosten.

Berlin, 4. Nov. Nach einer neuerlichen Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen die Anforderungen für die Besatzung des Rheingebiets und für die Rheinlands-Kommission für 1920 15 724 Millionen Mark.

Im Hauptauschuß des Reichstags bemerkte Dr. Helfferich, wenn die Angabe des Reichsfinanzministers richtig sei, daß Amerika die Kosten seiner 17 000 Mann starken Besatzungstruppen auf täglich 1 230 000 Dollar beziffere, so seien dies rund 90 Millionen Papiermark im Tag oder rund 32 Milliarden Mark im Jahr für 17 000 Amerikaner. Das sei doch eine vollendete Unmöglichkeit. (Allseitige Zustimmung.) Nach dem heutigen Kurs seien 500 Milliarden Franken an Frankreich zu zahlen. Es handle sich hier gar nicht mehr um finanzielle, sondern um astronomische Zahlen. Was heute besetzt sei, gehe weit über die im Waffenstillstandsvertrag erwähnten strategischen Punkte hinaus. Wir müssen festhalten am ursprünglichen Sinn des Vertrags fordern.

Sondervertretungen in München.

Berlin, 4. Nov. Wie England, hat nun auch Italien einen besonderen Generalkonsul für München, den Prinzen Voghese, ernannt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt halbamtlich, es sei nicht bekannt, daß weitere Staaten den Beispielen Frankreichs, Englands und Italiens folgen werden. Den Konsulaten solle übrigens nicht diplomatischer Charakter verliehen werden, indem man Diplomaten zu Generalkonsulen ernenne; in England und Italien verwende man jetzt auch Persönlichkeiten aus dem diplomatischen Dienst auf konsularischen Stellen. (Eine merkwürdige Erklärung.)

Die Abfindung des preussischen Königshäufes.

Berlin, 4. Nov. Der Rechtsausschuß der preussischen Landesversammlung beschäftigte sich gestern mit der Vorlage über die Abfindung des früheren Königs. Der Vertreter des Finanzministeriums machte u. a. folgende Mitteilungen: Im Januar 1919 hat der frühere König eine Million holländische Gulden erhalten, im August 1919 1 138 000 Mark und im Oktober wiederum 10 Millionen Mark. Aus dem Grundstücksverkauf in der Wilhelmstraße habe der König 40 Millionen erhalten, die zum Teil für den Kauf des Schlosses Doorn verwandt worden sind. Für dieses Schloss sind im August 1919 auch die Einrichtungsgegenstände, geliefert worden. Der Aufenthalt des Königs beim Grafen Bentinck hat täglich 1000 Gulden gekostet. Die Prinzen haben bis zum 1. Juli 1919 ihre Apanage aus der Kronkasse und später aus dem Haushalt erhalten, jetzt aber nur noch zwei Drittel der früheren Höhe.

Schließung deutscher Universitäten.

Dortmund, 4. Nov. Der Märkische Landesverband alter Schwarzburgbündler hat gegen die Absicht, alte deutsche Universitäten besonders in Preußen aufzuheben, Widerspruch erhoben. Als solche Hochschulen, die für die Aufhebung vorgesehen seien, wurden Halle, Greifswald, Marburg oder Kassel und Gießen genannt.

Der Reichskanzler amtsüde?

Basel, 4. Nov. Der „Basler Nationalzeitung“ wird aus Berlin gemeldet, Reichskanzler Fehrenbach werde nach Schluß der laufenden Reichstagsession sein Amt niederlegen. (Davon weiß man in Deutschland nichts.)

Das Kreditinstitut für die Industrie.

Berlin, 4. Nov. Nach amtlicher Mitteilung ist vorgesehen, den Kredit für die Industrie in der Weise zu beschaffen, daß das Reich mit einigen Privatbanken eine Kreditorganisation schafft. Es handelt sich also nicht um die Errichtung einer besonderen Reichswirtschaftsbank.

Aus dem Parteileben.

Berlin, 4. Nov. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei soll am 3. und 4. Dezember in Nürnberg stattfinden.

Die demokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung hat eine Anfrage an die Regierung gerichtet, ob sie bereit sei, den 50. Jahrestag der Reichsgründung (18. Januar 1921) als Nationalfeiertag begehren zu lassen.

Holzlieferungen an Frankreich.

Berlin, 4. Nov. Als weitere Holzlieferung verlangt Frankreich im ersten Halbjahr 1921 eine Million Raummeter, wovon 15 Prozent Rohholz, 85 Prozent Eisenbahnschwellen, Telegraphenstangen und Schnittholz sein sollen.

König Albert wieder in Belgien.

Brüssel, 3. Okt. (Havas.) Der König ist heute hier eingetroffen. Nachmittags hatte er eine lange Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Delacroix, der das Nächtigungsgesuch des Gesamtministeriums unterbreitete. Der König wird heute den Kammerpräsidenten empfangen und dann die Führer der politischen Parteien befragen.

Die Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

London, 4. Nov. Nach den englischen Blättern hat die Abstimmung der Bergarbeiter eine Mehrheit von 8459 Stimmen gegen die Annahme des Abkommens mit der Regierung ergeben. Die Arbeitervertreter haben trotzdem den Arbeitern empfohlen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die Forderungen des Bergarbeiterverbands bestimmen, daß ein Streik nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen oder fortgesetzt werden kann. 338 045 Stimmen wurden für und etwa 346 000 Stimmen gegen die Annahme der Vereinbarung abgegeben.

Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien.

Sofia, 4. Nov. (Havas.) Das Gesetz über die Pflicht-Arbeitsleistung ist bereits in mehreren Gegenden Bulgariens angewandt worden. In einigen Vierteln der Hauptstadt ist die männliche Bevölkerung im Alter von 20-55 Jahren für fünf Tage einberufen worden, um im Rückstand gebliebene Arbeiten in der Umgebung von Sofia auszuführen.

Die Präsidentenwahl in Amerika.

New York, 4. Nov. (Reuter.) Es scheint sicher, daß Harding 330 Stimmen und Cox 127 Stimmen im Wahlkollegium erhalten wird, während die übrigen Stimmen noch zweifelhaft sind. Die Republikaner werden im Senat und Repräsentantenhaus ihre Mehrheit vergrößern, besonders im Senat. Zum Gouverneur von New York wird an Stelle des jetzigen demokratischen Gouverneurs ein republikanischer Kandidat gewählt.

Amsterdam, 4. Nov. Der Telegraf meldet aus London: Folgende Staaten, die im Jahre 1916 eine demokratische Mehrheit brachten, sind zu den Republikanern übergegangen: Arizona, Kalifornien, Colorado, Nebraska, Norddakota, Ohio und Washington. Die Demokraten hielten sich in Alabama, Kansas, Florida, Georgia, Louisiana, Mississippi, Nordkarolina, Südkarolina, Tennessee, Texas und Virginia. Auch die Stadt New York, die gewöhnlich als demokratisches Bollwerk galt, ging zu den Republikanern über, Cox verlor seinen eigenen Wahlkreis in Ohio. — In der vom Vorsitzenden der National-Demokratischen Kommission abgegebenen Erklärung heißt es, über das Schicksal der Freiheit Irlands sei durch den republikanischen Sieg endgültig entschieden worden.

Abkommen über die Gefangenenerlöserung / durch Polen.

Berlin, 4. Nov. Mit der polnischen Regierung ist die Vereinbarung getroffen, daß die Befreiung deutscher Reichsangehöriger aus Rußland und russischer Staatsangehöriger aus Deutschland durch Polen, sowie die Heimführung der in Polen befindlichen Deutschen, die mit der Roten Armee gefangen genommen wurden, gestattet wird. Die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen aus Rußland können nun rascher der Heimat zugeleitet werden.

Der 1. Mai.

Mailand, 4. Nov. Der internationale Kongreß des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals hat den Antrag der italienischen Vertreter abgelehnt, den 1. Mai in Zukunft durch Einstellung der Arbeit während 24 Stunden zu feiern. Dagegen wurde ein Antrag der englischen Vertreter angenommen, daß der 1. Mai als Festtag des ganzen internationalen Proletariats betrachtet werden solle.

Rom, 4. Nov. Der Minister des Innern Sforza und Kriegsminister Bonomi werden sich am nächsten Sonntag nach Santa Margherita Liguria begeben, wo die Verhandlungen mit den jugoslawischen Vertretern stattfinden sollen.

Neuwahlen in England?

London, 4. Nov. Es verlautet bestimmt, daß das Unterhaus in nächster Zeit aufgelöst und das Kabinett neugebildet werden soll.

Krieg im Osten.

London, 4. Nov. Die „Times“ meldet: Der russische Kommandeur der persischen Kosaken, General Starofelsky, hat seinen Abschied genommen und begibt sich nach Europa. Mit ihm verschwindet das Haupthindernis für das englisch-persische Abkommen.

Berlin, 4. Nov. Im Hauptausschuß des Reichstags erklärte Schapinowitsch, daß die Berichte über die Besatzungskosten unrichtig wiedergegeben seien. Es sei unmöglich, daß die amerikanischen Kosten 1230 000 Dollar täglich betragen.

Washington, 4. Nov. Für Harding wurden 307, für Cox 130 Wahlmänner gezählt.

An die evangelische Bevölkerung.

Im Blick auf das zu Ende gehende Erntejahr und das bevorstehende Erntedankfest richtet die Ev. Oberkirchenbehörde an alle Stände des evangelischen Volks folgende ernste Mahnung:

Wie es in Handel und Wandel bei uns aussieht, braucht man nicht erst zu sagen. Eine grenzenlose Profligatorie hat alle Stände ergriffen. Wohin ist es mit unserem arbeitssamen, ehelichen, pflichtgetreuen Volk gekommen! Es hat schweren Schaden genommen auch an der Seele. Wie erkennen gerne, was von Nebligkeit und ehrhaftem Wesen unter uns vorhanden ist. Aber die vereinzelt Beweise von Brüderlichkeit und Hilfsbereitschaft reichen nicht zu. Was wir brauchen, ist eine Abkehr von dem üblen Treiben, das Leib und Seele, Besitzende und Nichtbesitzende zugrunde richtet.

Wohl gibt es viele, die weder auf Gott noch Gewissen mehr hören wollen. Sie werden es schon erfahren, daß ihnen ihr sünder Erwerb zum Fluch wird. Auch heute noch „reißt der ungerechte Kreuzer den gerechten Taler“. Wie wenden uns vor allem an diejenigen, denen Gott und Gewissen mehr sind als leere Worte. Es kommt jetzt nicht darauf an, wie es die anderen treiben, die eigene Verantwortung nimmt uns kein anderer ab. Lieber für dumm gelten, als schlecht und gewissenlos handeln. Es gibt eine Ehre bei Gott, die allen Sport aufwiegt. Lasset uns zu rechtschaffenem Handeln zusammenschließen! Dann werden wir doch eine Macht sein und dem verderblichen Treiben Einhalt gebieten.

Das alte Lied.

Roman von Fr. Lehne.

40. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Ja, Herr Graf, und ich möchte auch nicht, zu ähren. Frau Gräfin waren gestern Abend sehr müde und jagten mir, ich sollte mit dem Kaffee warten, bis sie darnach verlange, da sie gern ausschlafen wollten. — Sonst nahmen Frau Gräfin den Kaffee jeden Morgen um neun Uhr im Bett zu sich.“ Berichtete das hübsche Kammermädchen mit glänzender Zunge, „das Bad sollte ich auch nicht vor zehn bereit halten.“

Es wurde halb elf — elf, und noch immer ertönte aus ihrem Schlafzimmer kein Lebenszeichen. Da ersah Betty eine Unruhe.

„Herr Graf, wenn nur Frau Gräfin nicht krank geworden sind — sie sah gestern Abend sehr angegriffen aus!“

Mit seltsamer Bangigkeit eilte der Graf in Reginas Zimmer, was er seit langer Zeit nicht getan, und klopfte an die Tür ihres Schlafzimmers.

Keine Antwort.

Da öffnete er die Tür, die sie nicht verschlossen hatte.

Kuhja sah er sie noch auf ihrem Bett liegen; leise trat er herein und sah sie ihre Hand.

„Regina, Du Bangschläferin, willst Du noch nicht aufstehen? Es ist heute so schönes Wetter,“ sagte er.

Aber so eigentümlich schwer und kalt lag ihre Hand in der seinen. Eine heiße Angst schnürte ihm die Kehle zu.

Er eilte ans Fenster, zog hastig die Gardinen zurück und riß beide Flügel auf.

Goldig strahlte die Sonne ins Zimmer und zeigte ihm unbarmherzig, daß sein schönes, junges Weib tot auf ihrem Bette lag!

Württemberg.

Stuttgart, 4. Nov. (Zur Warnung.) Der wegen ähnlicher Verfehlungen wiederholt vorbestrafte Konditor Fr. Simon „Zum Mohrenköpfe“ hier hat im letzten Sommer etwa 10 Zentner Weizenmehl, das im Schleichhandel erworben war, zur Herstellung von Feingebäck usw. verwendet. Die Wucherlämmer verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 2000 Mark und 3 Wochen Gefängnis. Das Urteil wird auf Kosten des Angeklagten in 6 Stuttgarter Zeitungen veröffentlicht.

Hemmingen, O. A. Leonberg, 4. Nov. (Stiftung.) Zum dauernden Andenken an ihren an den Folgen schwerer Verwundung in Feindesland verstorbenen Sohn Johann Konrad hat Frau Natalie Barnbühler von und zu Hemmingen eine Stiftung von 30 000 Mark errichtet, deren Zinsenertrag bedürftigen Einwohnern jeweils auf den Geburtstag des Sohnes, 2. November, durch die örtliche Armenpflege zuzuwenden ist.

Talheim, O. A. Heilbronn, 4. Nov. (Jägercheil.) Feldhüter Hofmann hier erlegte dieser Tage einen Hühnerhahn mit einer Flügelspannweite von 1,20 Meter, ein selten schönes Exemplar, das in letzter Zeit die hiesigen Geflügelhöfe heimfuchte und reiche Beute machte.

Tagtshausen, 4. Nov. (Schenkung.) Ein Aufruf an die Landwirte zu unentgeltlicher freiwilliger Abgabe von Kartoffeln für die ärmere Bevölkerung von Neckar- und Heilbronn ergab 152 Zentner.

Geislingen a. St., 4. Nov. (Aufgeklärter Diebstahl.) Der Einbruchsdiebstahl in die Geschäftsräume des Kommunalverbands hat seine Aufklärung gefunden. Die leere Kasse lag in einem benachbarten Garten. Der früher beim Kommunalverband angestellte Kaufmann Albert Stieh wurde verhaftet. Beim Einbruch beteiligten sich noch weitere Personen. Der arbeitslose Buchbinder Karl Maier wurde ebenfalls in Haft genommen. Der größte Teil der gestohlenen 18000 Mk. konnte wieder beigebracht werden.

Neulingen, 4. Nov. (Bäuerliche Liebeswerke.) Von Kleinengtingen aus ging von allen Freunden der Württembergischen Rettungs- und Taubstummenanstalt ein Eisenbahnwagen mit 211 Ztr. Kartoffel ab, die in der Umgegend für die Anstalten gesammelt und dieser als Geschenk überhandt wurden. In den nächsten Tagen soll auch von Mönningen aus eine Sendung Kartoffeln an die Anstalten abgehen. Die bauerliche Bevölkerung unserer Alb hat damit auf neue bewiesen, daß der Sinn für Mithätigkeit bei ihr nicht ausgeblieben ist, und wenn so viel über das Verhalten der Bauern geklagt wird, so möge auch anerkannt werden, daß viele heute noch für Liebeswerke aller Art eine offene Hand haben.

Kleinengtingen, 4. Nov. (Volkshochschule.) Die hiesige Volkshochschule eröffnet diesen Winter ihren zweiten Lehrgang. Dieser sind zum erstenmal auch Mädchen von 18 Jahren zugelassen. Es wird der Versuch unternommen, noch mehr eine Schulgemeinschaft zu bilden, dadurch, daß die teilnehmenden Mädchen unter Anleitung von Frau Pfarrer Schöll jeweils das gemeinsame Essen für alle Teilnehmer der Volkshochschule bereiten. Den Mädchen wird dadurch ermöglicht, das Kochen zu lernen. Der Lehrgang in den wissenschaftlichen Fächern ist aufgebaut auf den Bedürfnissen, die unsere Alb und der Ackerbau erfordern.

Saulgau, 4. Nov. (Diebstahl auf dem Friedhof.) Ueber die Allerheiligentage kamen auf dem Friedhof mehrfach Diebstähle vor. Es wurden Kränze, Kranzständer und Weihwasserkrücheln entwendet. Diebstahl ist es, daß nicht einmal die Ruhestätten der Toten vor Diebereien sicher sind.

Landwirtschaftlicher Hauptverband.

Ulm, 4. Nov.

Der Landwirtschaftliche Hauptverband hielt gestern im Festsaal des Saalbaus eine aus Vertretern von Ulm-

Mit beiden Händen griff er nach seinem Kopfe. Er stürzte auf sie zu, riß die Decke weg, öffnete das Hemd über der Brust und suchte ihr Herz zu fühlen.

Doch umsonst — keine Spur von Leben in dem schönen Körper!

Mit einem ächzenden Wehlaut sank er vor dem Bett ins Anie. Da sah er das leere Fläschchen auf dem Nachttisch stehen — hastig griff er darnach.

„Morphium —?“

Herr Gott im Himmel, sollte sie selbst — — —? ihm das anzutun!

Mit fieberhafter Hast durchsuchte er alles in ihrem Schlafzimmer und Vordoor nach einem letzten Lebenszeichen — aber nichts, nichts!

Ohne letzten Gruß war sie von ihm gegangen, ohne Aufschluß über ihren Beweggrund zu geben.

Oder — vielleicht war es doch nur ein Versehen?

Sie hatte ja immer über Schlaflosigkeit geklagt und dabei vielleicht zu viel von den verhängnisvollen Tropfen genommen?

O Gott, wer konnte ihm Aufschluß geben?

Und stöhnend barg er sein Gesicht in ihrem Lager.

Und die Sonne verklärte mit ihren leuchtenden Strahlen das bleiche, schöne Frauengesicht und leuchtete mitleidig auf das greise Haupt des Mannes, der gebrochen am Bett seines toten, jungen Weibes kniete.

— Ende. —

Chingen, Blaubeyren, Riedlingen, Geislingen, Göppingen zahlreich besuchte Versammlung ab. Gutspächter Breuninger-Verlingen führte den Vorsitz. Zurzeit zählt man 1833 landwirtschaftliche Genossenschaften mit 220 000 Mitgliedern. Schutzherr Raunz-Altheim erstattete den Geschäftsbericht. Die Landwirte machen den Preisabbau mit, wenn er allgemein, auch in den Bedarfsartikeln der Landwirtschaft durchgeführt wird. Produktpreise sind nur für das ganze Land festzustellen. Eine ungeheure Arbeit habe die Auskunftsverteilung in allen möglichen Fragen gebracht. Der Mitgliederstand ist von 94 000 auf 150 000 gestiegen. Die letzten politischen Wahlen haben einen Erfolg für den Hauptverband gebracht.

Direktor der Landwirtschaftskammer, Regierungsrat Ströbel, sprach über Aufbau und Aufgaben der Landwirtschaft. Als Rechte nehme die Landwirtschaft für sich in Anspruch die Zubilligung auskömmlicher Preise und Verbilligung der ihr nötigen Erzeugungsmittel. An Ausbesserung von Gebäuden und Inventar soll man trotz teurer Preise machen lassen, was notwendig ist. Der Viehbestand sollte aufgefüllt werden. Im Pferdebestand werde bald der frühere Bestand erreicht sein. Nicht 10, sondern 25—30 Prozent werde man an Steuern zahlen müssen. Die Maul- und Klauenseuche hat 85 Millionen Mark Schaden gebracht. Man rechne mit einer Viehseuchenumlage von 100 Mark für das Stück. Wenn die Entente ihre Forderung auf Lieferung der Milchstoffe durchsetze, treffen auf Württemberg 30 000 Stück, für einen Bezirk etwa 500 Stück. Das sei der Untergang für die Stadtkinder. Der Schweinebestand sei vor dem Krieg 25 Millionen gewesen, heute zähle man etwa 16—18 Millionen. Vier Punkte seien besonders zu beachten: beim Vieh gute Rasse, auf den Feldern gute Sorten, gute Fütterung und Düngung und Krankheitsbekämpfung, richtige Bewertung der Produkte.

In der Preisbildungsfrage habe man für Kartoffeln einen Preis von 24—25 Mark festgesetzt. Wer mit Zufuhr mehr als 28 Mark verlange, verständige sich an den Verbrauchern und an der Landwirtschaft. Die Kartoffel sei das Brot des armen Mannes. Der Obstpreis von 30—40 Mark sei deshalb so gewaltig überstiegen worden, weil die Zufuhr verlagert habe. Das Fleisch ist frei.

In der Stuttgarter Versammlung sei ein Erzeugerpreis seitens der Landwirte nicht gemacht worden. Eine Regelung des Fleischpreises wird sich von selbst einstellen durch Steigerung der Zufuhr. Auch die Schweinefleisch wird mehr zur Geltung kommen. Zwecklos sei es, wenn einzelne Bezirke oder Württemberg für sich Nichtpreise aufstellen. Die Folge würde sein, daß das Fleisch über die Grenze verschwindet. Eine genaue Berechnung des Geflügelpreises für den Zentner Fleisch habe unter Zugrundelegung sehr niedriger Futter- und sonstiger Kosten für den Landwirt 764 Mk. ergeben. Redner ist aber der Ansicht, daß man heute Opfer bringen müsse. Wo Bestrebungen im Gange sind, daß das Fleisch in den Städten um 11 Mark verkauft werde, sollten diese unterstützt werden. Erzeuger und Verbraucher müssen einander näher gebracht werden. Die Landwirte sorgen für Ruhe, Ordnung und Brot. (Großer Beifall.)

Gutspächter Breuninger betonte, daß die Fleischpreisfrage in ernsten Beratungen des Ausschusses behandelt worden sei. Wenn die Entschliessung der Ulmer Versammlung vom letzten Samstag angenommen würde, hätte Ulm in acht Tagen kein Fleisch mehr. Er schlug zur Fleischpreisfrage eine Entschliessung vor, wonach der Bauerntag Viehrichtpreise von 450 Mk. ablehnt und erklärt, daß weder ein Oberamtsbezirk noch das kleine Württemberg von sich aus Viehrichtpreise festsetzen können, da eine Abschließung der Oberamtsbezirke sich als ebenso unmöglich erwiesen hat, wie die Abschließung der Landesgrenze. Niedrigere Preise in Württemberg als in anderen Ländern hätten nur zur Folge, daß der heimische Viehstand in kurzer Zeit völlig ausgeraubt und dem Schleichhandel wieder Tür und Tor geöffnet würde. Die Regierung wird ersucht, in so tiefgehenden Fragen nicht mit einzelnen Oberamtsbezirken, sondern mit den Spitzenorganisationen der landwirtschaftlichen Vereinigungen zu verhandeln.

Nach Annahme dieser Entschliessung wurde eine zweite Entschliessung angenommen, worin die von über 2000 Landwirten besuchte Bauerntagung entschiedenen Einspruch erhebt gegen die geplante hohe Bewertung des landwirtschaftlichen Grundvermögens (in Goldwert statt Papiermark) zum Reichsnotopfer.

Landtag.

Stuttgart, 23. Nov.

(22. Sitzung, Schluß.) Die Aussprache zum Staatshaushaltplan wird fortgesetzt.

Finanzminister Lesching: Ich bitte um die Unterstützung des Hauses in dem Betreben, die Zahl der Beamten nicht höher aufschwelen zu lassen. Die Besoldungsordnung werde den unteren Beamten eine Reihe von Verbesserungen bringen. Mit der Zeit werde es unmöglich, die Löhne und Gehälter der Leistung entsprechend zu steigern. Die Leistungsfähigkeit der Beamtenbestände von Staat und Reich. Viele Beamten sehen nur darin eine Härte, daß andere etwas mehr bekommen. Der von mir Landtag beschlossene 12. Nachtrag habe die Haltung der württ. Regierung außerordentlich erschwert. Bei der demnächst stattfindenden Beratung in Berlin werde er (Minister) für die württ. Verlehrsbeamten eintreten. Es sei falsch, wenn in der landwirtschaftlichen Presse es so dargestellt wird, daß die Landwirtschaft allein ihre Steuern (Reichsnotopfer) in Gold bezahlen müsse. Die Regierungen des Bauernbunds veranlassen eine objektive unrichtige Steuererklärung. Darin liege eine strafbare Handlung. Das Theatergesetz sei als ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden bemängelt worden. Das Reich habe aber in der Selbstverwaltung der Gemeinden ebenso eingegriffen. Bezüglich der Schulkassen frage der Minister: Ist noch keine Gemeinde der Gedanke gekommen, daß bei der unendlichen Verarmung und Verschuldung von Reich und Staat auch bei den Schulansuchen gepart werden muß? Wenn in kleinen Städten alle Arten von Schulen vertreten sind, so ist das schön, wenn genügend Geld da ist. Es entsteht aber dadurch auch ein Andrang zum Studieren, der zu den größten Bedenken Anlaß gibt. Der Staat kann nicht mehr neue Stellen schaffen. Die Erfüllung der Wünsche des Städtetags zum Lastenausgleich würde den Staat mit 92 Millionen Mark belasten. Die Erhöhung der Grundsteuer auf 300 Prozent aber nur 7 Millionen Mark einbringen.

Abg. Krieger (U.S.P.) lehnt die Verfassung des Reichs ab und sieht alle Schuld der heutigen Verhältnisse in dem Krieg. Heute wolle man Deutschland in einen neuen Krieg führen.

Abg. Müller-Weingarten (U.S.P.) lehnt den Etat ab. Seine Freunde lehnen es auch ab, an der Erhaltung der heutigen Verfassung mitzuarbeiten.

Stuttgart, 4. Nov.

(23. Sitzung.) C. Straßbecker.

Abg. Dr. Engel (D.P.): Gegenüber den Forderungen der Nationalen, die das Reich zerschlagen wollen und herabsehen, erinnert der Redner an die Machtstellung des Reichs von 1870-1914, an die Zeit der Volkspopularität und des Volkswohls, an die soziale Gesetzgebung eines Bismarck. Die Erklärung des Sozialdemokratischen Reichstags, mit keiner Partei zusammen zu arbeiten, die nicht auf republikanischem Boden steht, bedauere ich sehr. Die Monarchie hat das Bedürfnis nach einer Einheit und Stille. Aus geschichtlichen Gesichtspunkten sind wir für die Monarchie. Wir wollen ein Verhängnis für unser Volk. Dennoch war es nicht notwendig, daß die Sozialdemokratie der Monarchie den Tod ankündigt. Wir stellen es dem deutschen Volk anheim, seine Stellung zur Monarchie selbst zu entscheiden. Wenn dieser Augenblick kommt, dann wird Schiedemann allein dastehen. Der Nationalen Arbeiter und Unterhändler muß einmal nachschauen. Wenn der Arbeiter zurunde geht, geht auch der Arbeiter unter. Der Internationalismus ist ein Schwachsinn, das nur in Deutschland gedeiht. Es ist wünschenswert, daß die Sozialdemokratie mitarbeitet, es muß aber die Predigt des Klassenkampfes aufhören. Mit der Demokratie ist ein Zusammenarbeiten auf dem Boden der immer Beschäftigten möglich, wenn auch die Reichsleute von der Demokratie vertrieben worden sind. (Stürmischer Beifall.) Gegenüber dem Zentrum wünschen wir, in keiner Weise durch die Erklärung an den Kulturkampf belastet zu sein. Wir wollen in den bevorstehenden Kämpfen zusammenstehen, das Elternrecht auf die Erziehung der Kinder wahren. Auch gegenüber der Rechte betonen wir das Zusammenarbeiten. Die Finanzlage des Reichs ist hoffnungslos. Es ist ein schlechter Tag, wenn wir württembergisch erhalten bleiben, aber als Deutsche verderben.

Staatspräsident Dr. Hieber: Auf der Grundlage des Regierungsprogramms können die Parteien zusammenarbeiten. Es ist der Ausdruck „Geheimen Regierungspartei“ gegenüber der Sozialdemokratie gefallen. Wir haben keinen Anlaß, zu verbergen, daß die Sozialdemokratie beim Zustandekommen der Regierung mitgewirkt hat. Unsere Staatsform ist nicht die schlechteste. Es gibt keinen anderen Boden als den der Demokratie, um aufzubauen und weiter zu kommen. Der Verfall, in alte Bahnen einzulenken, würde das Chaos und den Bürgerkrieg bringen. Die Presseabteilung des Staatsministeriums hat sich als erfrischende Verbindung zwischen Regierung und Presse erwiesen. Friedlich sollen feindliche Schweregefühle entsprechend Mittelpunkt am Bodensee werden; wir stehen dahin. Die Frühverbindung ins Oberland soll besser werden. Trotz der Not muß die Pflege der geistigen Bildung erste Aufgabe sein. Der Etat kündigt an, daß das Ausführungsrecht zu Artikel 137 der Reichsverfassung, der die Reichsstellung der Religionsgesellschaften regelt, mit der von den Kirchen gewünschten Entlastung auch eine Neuordnung ihres finanziellen Verhältnisses zum Staat verbunden wird. Es soll nur eine vorläufige Regelung für eine Reihe von Jahren getroffen werden. Die Kirchen werden auch auf finanziellen Gebiet das Recht der Selbstverwaltung erhalten. Die katholische Kirche wird dadurch in die Lage versetzt werden, die Gehaltsverhältnisse ihrer Geistlichen selbst zu regeln. Die Geistlichen werden daher ihre Wünsche nicht mehr an den Staat, sondern an die kath. Oberkirchenbehörde richten müssen. Solange der Aufwand für beide Kirchen vom Staat bestritten wird, ist es nicht möglich gewesen, eine bessere Lösung zu finden, als sie das Pfarrereinsatzgesetz vom Mai vorsehen hat. Es ist unmöglich, die evangelische Kirchenverfassung aus dem Komplex der Fragen über Staat und Kirche herauszunehmen. Die finanziellen Fragen werden in dem Gesetz nur einen verhältnismäßig kleinen Raum einnehmen. Ob es möglich sein wird, das Gesetz so rechtzeitig zu verabschieden, daß die ev. Kirchenverfassung schon auf 1. April in Kraft gesetzt werden kann, vermag ich nicht zu sagen. Rechtsverhältnisse, die 370 Jahre lang bestanden haben, sollen durch eine endgültige Neuordnung ersetzt werden. Die neue Ordnung wird auf Jahrzehnte, vielleicht auf Jahrhunderte hinaus das Verhältnis von Staat und Kirche in Württemberg bestimmen. Eine solche Ordnung kann nicht überstürzt werden. Das Theatergesetz ist dem Ministerrat nicht leicht geworden. Den Gedanken, daß das Landestheater geschlossen werden soll, können wir nicht erwägen. Weniger der Arbeiterstand als die gebildete Mittelschicht ist leider nicht in der Lage, das Theater zu besuchen. Das 8. Schuljahr ist durch Reichsverfassung und Landesgesetz festgelegt. Den Landgemeinden soll aber bei der Einführung des 8. Schuljahrs entgegenkommen werden. Hieber polemisiert gegen Müller U.S.P. und besonders gegen den Abg. Krieger U.S.P., wobei es zu stürmischen Zwischenrufen kommt. Abg. Dr. Schott (D.P.) nahm Körner gegen die Ausfälle des Staatspräsidenten in Schutz und wies nach, daß die Rechte der Parteien wären, unter Zustimmung des Zentrums zu einem Zusammenschluß der nichtmarxistischen Parteien mitzumachen, was aber durch die Demokratie vereitelt wurde. In Bayern seien die Demokraten gescheitert gewesen. In Württemberg gebe man der Rechte einen Fußtritt und mache eine Verbrüderung vor der Sozialdemokratie. Die Deutsche Volkspartei sei eigentlich überflüssig, denn man habe schon zu viel Parteien. Dann wurde der Etat an den Finanzausschuß und die dazu gehörigen Gesetze an den Steuerauschuß verwiesen.

Baden.

Karlsruhe, 4. Nov. Die Bezirksämter sind angewiesen worden, die Gemeindebehörden (Wohnungsämter) zu verständigen, daß von der Beschlagnahme benutzter Jugend- und Wanderheime zu Wohnzwecken, wenn irgend möglich, Abstand zu nehmen ist.

Heidelberg, 4. Nov. Vor einigen Monaten wurde hier der Direktor Heinrich Bartels von der Wach- und Schließgesellschaft „Reform“, der in der Stadt durch großspüriges Auftreten Aufsehen erregt hatte, wegen Unterdrückung eines erheblichen Geldbetrags verhaftet. Er war dann vorläufig aus der Haft entlassen worden und hat nun in Göppingen an einem leitenden Posten bei einer Wach- und Schließgesellschaft abermals Unterdrückungen begangen und zwar in Höhe von 18 000 Mark. — In einer der letzten stürmischen Nächte wurde in zwei bewohnte Villen der Weststadt eingebrochen. Die Diebe stahlen in der einen Villa Silberfachen, Schmuckgegenstände und Wäsche im Gesamtwert von 150 000 Mk. und in der anderen Villa Wertgegenstände im Wert von 5000 Mark.

Mannheim, 4. Nov. Am Schwesinger Uebergang bei der Station Neckarau wurde ein Kraftwagen der dortigen Textil-Industrie, der die geschlossene Begleitranke in voller Fahrt eingedrückt hatte, vor zwei die Stelle gleichzeitig überfahrenden Jägen überfahren. Der Wagenführer Heinrich Senzschach und der Schweinehändler Julius Büchner von Mannheim-Neckarau wurden getötet.

Aus dem Rhein wurden die an den Händen zusammengebundenen Leichen des 24jährigen Spenglers Heinz Böhrmer aus Ludwigshafen und der 15 Jahre alten Dienstmagd Amalie Popp aus Mannheim gelandet. Beide hielten sich vor 14 Tagen von der Rheinbrücke in den Fluß gestürzt.

Waldshut, 4. Nov. Wie der „Abbote“ meldet, ist beabsichtigt, das Finanzamt von Diengen nach Waldshut zu verlegen.

St. Blasien, 4. Nov. Ein schweres Verbrechen dürfte mit dem Brandfall des Amweßens des Sefermachers Wilhelm Köpfer in Bernau-Weierle im Zusammenhang stehen. Die Ehefrau des Köpfer, der erst vor einigen Monaten geheiratet hatte, war eines plötzlichen Todes gestorben. Wie es heißt, hatte sich die Frau vom Herdboden herabgestürzt und war sofort tot gewesen. Auch die erste Frau des Köpfer war im letzten Jahr eines schnellen Todes gestorben. Während die Leiche der zweiten Ehefrau Köpfer noch im Hause lag, stand dieses plötzlich in hellen Flammen. Nachbarn, die zur Brandstätte eilten, fanden das Haus verfallenen. Außer den sämtlichen Fahrnissen sind auch 3 Stück Vieh, 2 Ziegen und die Fühner in den Flammen umgekommen. Unter Schutt und Asche wurde die verlohnte Leiche der Frau aufgefunden. Köpfer selbst ist seit dem Brand verzwungen. Es wird vermutet, daß er das Amweßen selbst angezündet und vielleicht Selbstmord begangen hat.

Singen, 4. Nov. In Schaffhausen wurde ein von Singen kommendes Automobil von der dortigen Kantonalpolizei angehalten. Die Untersuchung ergab, daß die Insassen des Kraftwagens, ein Chauffeur und ein Hotelier, 67 000 Franken, zum größten Teil in belgischen Fünfrantennstücken bei sich führten. Die schweizerische Polizei beschlagnahmte die Summe und verhaftete die Schmuggler.

Vermischtes.

Gas-Kassettehandel. In Berlin sind die Unternehmungen der Gas-Kassette-Vertriebs-Gesellschaft, und zwar die Hotel Bristol, Zentral-Hotel, Hotel und Kaffeehaus Bauer, Konditorei und Gas-Kassette-Kranzler, Gas-Kassette-Vertriebs-Gesellschaft und Eden-Hotel geschlossen und von der Polizei besetzt worden. Aus den Gas-Kassette-Büchern des Eden-Hotels allein ging hervor, daß dieses Hotel in den letzten 5 Monaten 1/4 Millionen Mark im Schleißhandel umgesetzt hat.

Die Grippe hält wieder ihren Einzug in Europa und zwar ist sie diesmal anscheinend aus Südamerika eingeschleppt worden. In England tritt die Grippe stark auf; in London sind in letzter Woche 2100 Personen erkrankt. Auch in Frankreich ist die Grippe aufgetreten.

Es ist fernergang. Ein englisches Kriegsschiff, der Kreuzer „Stonhenge“, ist bei Kara-Burn am Eingang des Mardusens von Smyrna gesunken.

Schwarze und Weiße in Amerika. In Lando (Staat Florida) wurde ein Mörder von der Wahl ausgeschlossen, weil er seine Steuern nicht bezahlt hatte. Er veranlagte einen Aufruf anderer Mörder, wobei zwei Weiße getötet und mehrere verwundet wurden. Die Weißen gewannen aber schließlich die Oberhand, sie hingen den Mörder auf und verurteilten fünf andere Mörder, die an dem Kampf teilgenommen hatten. Die Mörder, in die sie geschloßen waren, wurden angeklagt.

Ein Streik vor 2000 Jahren. Bereits die zweite Hälfte des Mittelalters kennt Ausstände der in den Gassenbrüdergilden vereinten Handwerkerzünfte, die zuerst aber nur in Rangstreitigkeiten, später erst in wirtschaftlichen Verhältnissen ihren Grund hatten. Als der älteste bekannte Streik galt bisher der Ausstand der Breslauer Gürtlerzünfte im Jahr 1329. Und doch findet sich schon bei dem römischen Geschichtsschreiber Livius (B. IX, 20, 5-10) eine Erzählung über einen höchst merkwürdigen Vorfall, der ganz das Gepräge eines modernen Streiks trägt. Eine Ergänzung dazu liefert Ovid in seinem Festkalender (Fasti, B. VI, 2. 649 bis 710), wo dasselbe Ereignis mit dichterischer Ausschmückung wiedergegeben wird. Es handelt sich dabei um einen regelrechten Ausstand des Collegium Tibicinum, der Genossenschaft der Flötenspieler. Diese Juno wollte schon von König Numa gestiftet sein und wie zu allen feierlichen Gelegenheiten im öffentlichen und Privatleben eine große Rolle; namentlich war die Anwesenheit der Tibicines bei Reichensgeburten, denen sie voranzogen, während die Mageweiber hinter ihnen gingen, unerlässlich. Sie feierten an einem bestimmten Tag im Jahr zu Ehren der Minerva, die, als Erfinderin der Flöte, zugleich auch als Gründerin der Pfeifergenossenschaft galt, ein Fest. Hierbei versammelten sie sich am Tempel ihrer Schutzgöttin, zogen in maskierten Zügen durch die Stadt und hielten im Tempel des Jupiter auf dem Kapitol einen Festmahl ab. Im Jahr 311 v. Chr. nun, als die Römer wegen zweier großen Kriege in Sorge waren, verweigerte, wie Livius erzählt, der strenge Senex Appianus Claudius den harmonischen Weisern die Erlaubnis zur Abhaltung des Mahls. Nach Ovid beschränkte er als einer der Aedilen, die über die Befolgung der Aufwandsgehalte zu wachen hatten, durch eine Verordnung die zu den Leisern hin zuzuziehende Zahl der Flötenspieler auf zehn. Sei dem, wie ihm wolle, auf jeden Fall fühlten sich die Mitglieder der edlen Pfeifergenossenschaft in der Magenfrage benachteiligt. Sie stellten daher sofort ihre Dienste ein und zogen nach dem ungefähr 30 Kilometer von Rom entfernten und durch seine herrliche Lage berühmten Tibur, so daß niemand in der Hauptstadt war, der bei den Opfern blasen konnte. Darüber kamen den Ratsherren Roms religiöse Bedenken; denn die Abweikung vom Herkommen konnte die Götter beleidigen, was bei der Kriegslage doppelt schwer ins Gewicht fiel. Sie schickten daher Gesandte nach Tibur, sie möchten sich bemühen, daß die Streikflötenspieler wieder nach Rom kämen. Die Tiburiner sicherten dies bereitwillig zu, bestellten die Leute auf das Rathaus und forderten sie auf, zurückzukehren. Als diese nicht dazu gebracht werden konnten, machten sie einen Anschlag auf sie, der ganz gut paßte zu der Sinnesart der durstigen Musikanter. An einem Festtage luden die einen die, die anderen jene zu sich ein unter dem Vorwand, das Gastmahl durch Musik zu feiern, und als sich die Flötenspieler vollgetrunken hatten — wie denn diese Art Leute gewöhnlich den Wein sehr liebt, sagt Livius hinzu —, sanken sie in Schlaf. Darauf warfen die Tiburiner die jetzt Schlafenden auf Wagen und schafften sie nach Rom. Die Flötenspieler merkten es nicht eher, als bis die Wagen auf dem Markt stehenblieben und sie, schwer betrunken, vom Tageslicht überrascht wurden. Natürlich strömte das Volk zusammen und es wurde ausgerufen, daß sie blieben. Zugleich wurde ihnen bewilligt, alle Jahre drei Tage lang im festlichen Aufzug durch die Stadt ziehen zu dürfen, und denen, die bei den Opfern blasen, wurde das Recht wiedergegeben, im Tempel zu spielen. So endigte der Ausstand der Flötenspielergenossenschaft im Jahr 311 v. Chr. mit deren Sieg.

unfalliges Wetter.

Die Störungen gleichen sich aus. Am Samstag und Sonntag ist trockenes, mäßig bedecktes und kühles Wetter zu erwarten.

Am Samstag, den 6. November 1920,

vormittags 12 Uhr

werden im Hofe der Kleinkinderschule

5 St. tann. Hopfenstangen 2. Kl.

2 St. Laubholzstangen

1 Los eichen u. buchenes Rugholz

1 Los Brennholz

öffentlich gegen Barzahlung verkauft.

Wildbad, den 5. November 1920.

Stadtspflege.

Haus-Schuhwaren

für Herbst und Winter empfehle in schöner Auswahl in allen Größen.

Ramelhaarschuhe und Schnallenstiefel,

Filzschnallenstiefel mit und ohne Lederbesatz,

Luchschuhe mit und ohne Lederbesatz,

so lange Vorrat zu besonders billigen Preisen.

Hermann Luz.

Gesellschaft „Freundschaft“ Wildbad.

Am Sonntag, den 7. November findet ein

Ausflug

mit Tanzunterhaltung

in den Gasthof zum „Däsen“ nach Höfen statt.

Anfang 3 Uhr.

Musik von W. Körber-Ludwigsburg,

wozu höflichst einladet

Der Vorstand.

Wildbad.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie Schulkameraden u. Kameradinnen zu unserer am

Samstag, den 6. November 1920

im Gasthaus zur „Eisenbahn“ stattfindenden

Hochzeits-Feier

ganz ergebenst einzuladen und bitten dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Fritz Buch,

Calmbach.

Frida Gropp,

Wildbad.

Rückgang 1/2 12 Uhr vom „Anker“ aus.

Nach-Hochzeit in Calmbach

am Sonntag, den 7. November 1920

im Gasthaus zum „Waldborn“.

Zirkel 10 Zentner

Heu u. Dehm

können ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunde in Florheim, Bahnhof, am 9. November von 9-1 Uhr.

Zu erfragen in der Tagblattgeschäftsstelle.

Bruchkranke

können ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunde in Florheim, Bahnhof, am 9. November von 9-1 Uhr.

Dr. med. Knopf,

Spezialarzt für Bruchleiden.



